



# DAS ROTE TUCH

## BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

## Streiks bei Galeria Karstadt Kaufhof: gegen die Entlassungen und für 450 Euro mehr Lohn!

Streiks bei Galeria gegen die Entlassungen – und obendrein für 450 Euro mehr Lohn! Wer hätte damit gerechnet? Die Manager und Aktionäre jedenfalls nicht.

Sie hatten doch extra eine der schlimmstmöglichen Drohkulissen aufgebaut. Sie haben Insolvenz angemeldet und angekündigt, 47 Filialen zu schließen und 4.000 Arbeiter\*innen zu entlassen. Und dann haben sie erklärt: Die übrigen Galeria-Beschäftigten könnten ihren Arbeitsplatz nur „retten“, wenn sie drei weitere Jahre auf Lohn verzichten und extrem flexible Arbeitszeiten mit bis zu 60 Stunden in der Woche akzeptieren.

Sie waren sicher, die Kolleg\*innen würden auf die Erpressung eingehen. Stattdessen haben seit Ostern mehrere Tausende von ihnen, unterstützt von der Gewerkschaft, ganze Tage dagegen gestreikt.

Die Manager haben sogar gedroht, die Streikenden persönlich auf Schadensersatz zu verklagen, weil sie angeblich die „Rettung“ von Galeria gefährden würden. Doch auch das hat sie nicht eingeschüchtert.

Sie haben diese Erpressungen und Drohungen zu oft gehört! Immer wieder hat man den Galeria-Beschäftigten erklärt, sie müssten Opfer bringen, um angeblich das Unternehmen zu retten. Erst vor wenigen Jahren hatten sie dafür auf 450 Euro Lohn im Monat verzichtet... um kurz darauf mitzuerleben, wie 40 Standorte geschlossen und mehrere tausend Kolleg\*innen entlassen wurden.

Der Verzicht hat keinen Arbeitsplatz gerettet – ebenso wenig wie die Millio-nengeschenke vom Staat. Der Verzicht hat den Beschäftigten nur weniger Geld und nun die erneute Angst vor Arbeitslosigkeit oder Armutsrente gebracht. Gerettet wurden nur die Vermögen der Aktionäre. Wie in allen Betrieben.

Die Streikenden bei Galeria sind nicht länger bereit zu verzichten. Sie wollen nicht für Löhne arbeiten, von denen sie angesichts der Inflation nicht einmal Miete, Energie und Lebensmittel bezahlen können. Sie fordern ihre 450 Euro pro Monat zurück.

Und sie weigern sich, durch 60-Stunden Wochen die Arbeit der Kolleg\*innen aufzufangen, die gekündigt werden sollen.

Sie lassen sich auch nicht mehr davon abschrecken, dass Galeria offiziell pleite ist. Denn deren Besitzer sind es nicht, im Gegenteil.

Der Mutter-Konzern (die Signa-Gruppe) macht Gewinne in Milliardenhöhe. Letztes Jahr hatte Signa sogar 4 Milliarden Euro übrig, um noch ein Unternehmen aufzukaufen und seinen Aktionären großzügige Dividenden zu zahlen. Allein von diesem Geld hätte man allen Arbeiter\*innen, die jetzt entlassen werden, 15 Jahre lang den vollen Lohn weiterzahlen können!

Und das sind nur offiziell bekannte Zahlen. Welche Gelder würden die Arbeitenden bei Galeria wohl erst entdecken, wenn sie die Möglichkeit hätten, alle Konten und Geldflüsse des Konzerns zu kontrollieren?

Wie viele Milliarden sind auf den Konten der Aktionäre gelandet? Wie viele allein auf dem Konto des Haupt-Aktionärs und Milliardärs Benko? Wie viel wurde verwendet, um andere Firmen aufzukaufen? Wie viel ist auf den Konten der Immobilienhaie gelandet, die die Warenhäuser sehr teuer an Galeria vermietet haben? Wie viel auf den Konten der Banken, die ordentlich Zinsen kassiert haben?

Von all diesem Geld könnte problemlos der Lohn aller 17.000 Galeria-Beschäftigten bis zur Rente gesichert werden – selbst wenn alle Warenhäuser

geschlossen würden.

Kein Wunder, dass die Kapitalisten all diese Konten selbst während des „Insolvenzverfahrens“ nicht offenlegen – was sie mit dem Banken- und Geschäftsgeheimnis rechtfertigen.

Doch all die Gelder haben die Arbeitenden erwirtschaftet. Sie müssen das Recht haben die Konten und Geschäftsbücher zu kontrollieren – und letztlich darüber zu entscheiden, wozu dieser Reichtum verwendet wird. Nicht nur bei Galeria, sondern in allen Betrieben!

Weil ihnen die Fabriken, Supermärkte und Banken gehören, während wir Arbeitenden besitzlos sind, haben die großen Aktionäre die Macht und das Recht, sich die Frucht all dessen anzueignen, was die Arbeitenden erwirtschaften – und es nach Gut dünken, für Börsenspekulationen, Privatjets oder sonstige zerstörerischen Zwecke zu verwenden, während sie die Arbeitenden von einer Krise in die nächste stürzen.

Weil ihnen die Fabriken, Supermärkte und Banken gehören, haben eine Handvoll Kapitalisten die Macht und das Recht, ganz allein über Produktion, Entlassungen, Verlagerungen und Schließungen von Betrieben zu entscheiden und damit die Arbeitenden und die Allgemeinheit zu erpressen.

Dieses Besitzverhältnis und das damit verbundene Entscheidungsrecht einer Handvoll Großkapitalisten, deren einziges Ziel Profit ist, ist die Ursache für das extreme Auseinanderdriften von Arm und Reich weltweit, für die tiefe Wirtschaftskrise und die damit verbundenen lebensbedrohlichen Gefahren für die Menschheit.

Dem müssen wir ein Ende setzen. Die Konzerne und Banken gehören in die Hände und unter die Kontrolle der Allgemeinheit – und ganz besonders derjenigen, die in diesen Betrieben arbeiten.

## Israel: ein erster Erfolg nach monatelangen Massenprotesten

Seit Monaten gehen in Israel jede Woche Hunderttausende auf die Straße: gegen ein Gesetz, das es der Regierung erlauben würde, sich mit einer einfachen Parlamentsmehrheit über alle Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs hinwegzusetzen. Die Demonstrierenden haben Sorge, dass dieses Gesetz der rechts bis rechtsextremen und religiös-fundamentalistischen Regierung ein gewaltiger Schritt in Richtung einer Diktatur ist.

Nachdem die Proteste immer größer wurden und es im Öffentlichen Dienst zu Streiks kam, hat die Regierung nun teilweise nachgegeben und die Reform „verschoben“. Doch dieses halbherzige Versprechen hat niemanden beruhigt. Die Proteste für den dauerhaften Verzicht auf das Gesetz gingen weiter.

Die Regierung hat daraufhin eine neue Verschärfung des Konflikts mit den Palästinensern provoziert. Mitten im Ramadan ist die Polizei in die große al-Aqsa-Moschee in Jerusalem eingedrungen. Die Regierung hatte die Hoffnung, eine Eskalation des Konflikts würde die Protestierenden dazu bringen, sich hinter sie zu stellen. Doch diese beliebte



Masche der israelischen Regierung hat nicht funktioniert. Erneut sind letzten Samstag Hunderttausend auf die Straße gegangen.

Seit Jahren werden die Regierungen in Israel immer rechter und autoritärer.

Den palästinensischen Arabern, die in Israel leben, wurde längst ein Großteil ihrer demokratischen Rechte geraubt – ganz zu schweigen einer ständigen Hetze gegen sie. Den Palästinensern gegenüber ist Israel ein regelrechtes Apartheidsregime geworden. Auch die Rechte der Frauen sind immer eingeschränkter, und sie bekommen den Druck der rechtsextremen und ultra-religiösen Kräfte in der neuen Regierung immer stärker zu spüren.

Die Protestierenden befürchten, dass diese Regierung die demokratischen Rechte noch mehr angreifen wird, was zuerst alle Unterdrückten – ob Frauen, Palästinenser oder Homosexuelle treffen wird. So fordern einige der Regierungsparteien, dass „unreine Frauen“ von den Männern in der Öffentlichkeit zu trennen seien. Sie unterstützen militante Gruppen, die Palästinensern im Westjordanland ihr Land rauben und immer mehr illegale jüdische Kolonien darauf errichten. Und ein erstes Gesetz, das die Todesstrafe wiedereinführen soll und das sich besonders gegen Palästinenser richtet, wird bereits im Parlament diskutiert.

Mit der Entrechtung und Unterdrückung der Palästinenser hat sich der israelische Staat, der einst der sichere Zufluchtsort für die von den Nazis überall in Europa verfolgten Juden sein sollte, schrittweise in einen zutiefst rückschrittlichen, rassistischen Staat verwandelt. Mittlerweile sind die rechtsradikalen und ultra-religiösen Kräfte in ihm so stark geworden, dass sie immer mehr auch die jüdische Bevölkerung selbst bedrohen.

Die israelische Bevölkerung wird niemals wirklich frei sein, solange es die Palästinenser nicht sind.

## Russland / Ukraine: Kein Mensch will Kanonenfutter werden

Sowohl die russische wie die ukrainische Führung haben immer größere Mühe, die Reihen der Soldaten wieder aufzufüllen, die der Krieg bereits verschlungen hat.

Nachdem die russische Regierung erst im Herbst 500.000 Soldaten zwangsweise eingezogen und an die Front geschickt hat, ist sie bereits auf der Suche nach neuem „Menschenmaterial“.

In den ärmsten Gegenden verspricht sie verzweifelten Männern ein Einkommen und die Versorgung ihrer Familien, wenn sie sich verpflichten. Gefangene werden aus dem Zuchthaus entlassen, wenn sie an die Front gehen. Migranten aus Kirgisien, Tadschikistan oder Usbekistan, die in Russland als Menschen zweiter Klasse leben und ausgebeutet werden, verspricht man die russische Staatsangehörigkeit, wenn sie in den Krieg ziehen. Wie viele von ihnen werden lebend zurückkehren?

Überall macht die Regierung außerdem Jagd auf die vielen Wehrpflichtigen, die sich bislang der Einberufung entzogen haben, indem sie umgezogen sind und die Arbeitsstelle gewechselt haben – und verhängt empfindliche Strafen gegen sie und Familien.

Auf ukrainischer Seite ist es nicht anders. Immer häufiger kreuzen die Feldjäger auf der Arbeit oder zuhause auf, um einen Mann festzunehmen und ihn gegen seinen Willen an die Front zu schicken. In den Innenstädten, auf öffentlichen Plätzen und in Cafés führen sie Razzien durch auf der Jagd nach allen, die sich der Einberufung entzogen haben. Mittlerweile warnen sich die Ukrainer über soziale Medien, wo die Feldjäger gerade unterwegs sind.

Die anfängliche Einigkeit hat längst angefangen zu bröckeln. Noch mehr, seit Anfang des Jahres bekannt wurde, dass ukrainische Unternehmer gleich vier

stellvertretende Minister (darunter den Verteidigungsminister) und fünf Gouverneure bestochen hatten, um sich durch drastisch überteuerte Aufträge für die Armee und sogar an der Verpflegung für die Soldaten zu bereichern. Gleichzeitig richteten diese Kriegsgewinnler patriotische Appelle an die Bevölkerung, dass jeder für die Verteidigung des Landes Opfer bringen müsse!

Immer mehr Menschen in der Ukraine merken, dass dies nicht „ihr“ Krieg, sondern dass sie ihr Leben lassen für die kleine reiche Minderheit, die ihre eigenen Interessen verfolgt und sich um das Los der Bevölkerung einen Dreck schert. Auf beiden Seiten wollen immer weniger Menschen ihr Leben opfern, da sie sehen, dass nur die Mächtigen davon profitieren – seien es die Oligarchen, die Kapitalisten oder die imperialistischen Großmächte. Dieses Erkenntnis war in der Vergangenheit oft der Anfang vom Ende des Krieges.

## Generalstreik im Transportwesen

### Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will

Am 27. März standen in ganz Deutschland alle Fernzüge, fast der gesamte Nahverkehr und viele Flughäfen im ganzen Land still. Hunderttausende Arbeitende im gesamten Transportwesen hatten gleichzeitig die Arbeit niedergelegt – für die Forderung von 500-650 Euro mehr Lohn im Monat. Zum ersten Mal haben damit mehrere Branchen und Gewerkschaften gemeinsam für höhere Löhne gestreikt.

Die Kapitalisten und Politiker haben bereits im Vorfeld gezeitert und gehetzt: Wie die Arbeitenden so unverschämt hohe Forderungen stellen könnten. Wie es die Arbeitenden bitte wagen könnten, alle gleichzeitig zu streiken. Und dass ein Generalstreik im Transportwesen die Industrie „ins Herz treffen“ würde und zu Millionen-Verlusten und Produktions-Stillständen führe.

Natürlich ist es für die Kapitalisten viel praktischer, wenn es so läuft wie üblich.

Sie wissen, dass wir Arbeitenden viel schwächer sind, wenn wir in jeder Branche, ja teilweise jedem Betrieb für uns alleine Forderungen durchzusetzen versuchen.

machen dabei meist aktiv mit.

Mit ihrer Hetze über den „Mega-Streik“, den „Generalstreik“ und darüber wie Arbeitende sich erdreisten könnten, für ihre Forderung nach 500 Euro mehr Lohn „das ganze Land lahmzulegen“, haben die Herrschenden allerdings genau das Gegenteil erreicht.

Gerade dadurch haben sich nicht wenige Arbeitende gedacht, wie sinnvoll es eigentlich wäre, wenn wir wirklich alle zusammen streiken würden: nicht nur im Transportwesen, sondern auch in den Fabriken, dem Sicherheitsdienst, der Logistik, dem Einzelhandel... Dass doch alle 500 Euro mehr Lohn bräuchten. Und dass wir so wirklich die Kraft hätten, etwas durchzusetzen.

Gegen ihren Willen haben die Herrschenden so vielleicht dazu beigetragen, dass aus ihrem Alpträum eines Generalstreiks irgendwann Wirklichkeit wird.



Eben deshalb haben sie ein Streikrecht eingeführt, dass Streiks fast nur bei Tarifverhandlungen erlaubt und haben dafür gesorgt, dass diese Tarifverhandlungen nach Branchen getrennt und möglichst alle zu anderen Zeitpunkten stattfinden. Und die Gewerkschaftsführungen

## Atom, Kohle, Wind:

### Die Energiekonzerne zocken uns immer ab

Der Energiekonzern Eon hat angekündigt, ab dem 1. Juni den Strompreis der Grundversorgung drastisch zu erhöhen, und zwar von 30 auf 49 Cent pro Kilowattstunde. Eine weitere Katastrophe für viele Betroffene!

Offensichtlich haben den Eon-Aktionären die 2,7 Milliarden Euro Reingewinn und die höchsten Dividenden seit zehn Jahren noch nicht gereicht, die sie dank der bereits stark gestiegenen Preise im letzten Jahr gemacht haben.

Da lenken uns die Politiker mit der absurden Diskussion ab, ob es einen Einfluss auf den Strompreis hätte, wenn man die drei alten, unbedeutenden Atomkraftwerke weiterlaufen lassen würde. Doch egal welche Energie genutzt wird – solange die Energieversorgung in den Händen privater Konzerne und Aktionäre liegt, werden sie uns abzocken. Diese Wucherer gehören enteignet!

## Gartenfreunde aufgepasst

Das Bundeskanzleramt sucht Gärtner\*innen für ihre Grünanlagen. Und weil dort schließlich jedes Jahr „60 Staatsbesuche stattfinden“, erklärt das Kanzleramt in der Ausschreibung auf dutzenden (!) Seiten, wie die Grünanlagen „zwingend“ in Schuss zu halten sind.

Besser wäre, wenn sich Kanzler, Minister und sonstige Abgeordnete selbst um die Gärten kümmern. Dann wären sie vermutlich zwar die teuersten Gärtner\*innen der Welt, aber immerhin würden sie weniger Schaden anrichten.

## Ostdeutschland: Auch in Zukunft niedrigere Renten

Mit der nächsten Rentenerhöhung ist endlich eine Ungerechtigkeit beseitigt: 33 Jahre nach der Wiedervereinigung bekommt man in Ostdeutschland dann endlich für einen Rentenpunkt dieselbe Rente wie im Westen. Bislang hat man im Osten (bei gleicher Anzahl an Arbeitsjahren und gleichem Lohn) noch immer weniger Rente bekommen als im Westen.

Dennoch werden die Renten im Osten auch in Zukunft deutlich niedriger sein. Denn was auch 33 Jahre nach der Wende kein bisschen vereinigt ist, sind die Löhne. Arbeitende in Ostdeutschland verdienen im Schnitt noch immer ein Viertel (!) weniger als im Westen.

Kein Wunder, denn die Kapitalisten (und damit auch die Regierung) haben gar kein Interesse, daran etwas zu ändern. Für sie ist es von Vorteil, dass sie eine große Region haben, in der es noch immer so viel Armut und Arbeitslosigkeit gibt, dass sie hier besonders niedrige Löhne zahlen und noch mehr ausbeuten können.

Der Kapitalismus lebt von der Ungleichheit und Spaltung unter den Arbeitenden. Er braucht Gruppen von Arbeitenden, die schwächer dastehen und die er ganz besonders ausbeuten kann – sei es, weil sie Frauen oder Migrantinnen sind oder wie im Osten in einer ärmeren Region leben. Deshalb ist der Kapitalismus auch nach über 30 Jahren unfähig, die Arbeitsbedingungen in Ost- und Westdeutschland wieder zu vereinen.

## LKW-Fahrer streiken: Kein Lohn? Keine Arbeit

Seit über vier Wochen streiken auf der Autobahnraststätte Gräfenhausen in Hessen 63 LKW-Fahrer aus Georgien und Usbekistan und weigern sich weiterzufahren, bis sie ihren Lohn bekommen haben.

Sie arbeiten zu unfassbaren Bedingungen für das große polnische Unternehmen Mazur, das unter anderem für VW, Siemens und Ikea fährt. Sie arbeiten 13-15 Stunden am Tag, zu niedrigsten Löhnen und mit so vielen Fahrten, dass sie oft monatelang nicht nach Hause kommen. Doch nun haben sie seit Anfang des Jahres gar keinen Lohn mehr bekommen.



Am Karfreitag hat der Boss von Mazur dann sogar einen Trupp von 18 paramilitärischen Schlägern auf die Raststätte geschickt, um die Fahrer mit Gewalt zu zwingen, ihre LKWs an andere Fahrer zu übergeben. Doch der Versuch scheiterte – und die mitgebrachten Fahrer, die erst dort verstanden, dass sie als Streikbrecher eingesetzt werden sollten, weigerten sich zu fahren.

Danach haben erste Fahrer ihren Lohn bekommen. Dennoch wollen sie weiterstreiken, bis alle 63 Kollegen ihren Lohn erhalten haben.

## Stahlindustrie:

### Weniger arbeiten, damit alle Arbeit haben

Die IG Metall hat angekündigt, in der kommenden Tarifrunde in der Stahlindustrie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 35 auf 32 Stunden zu fordern und damit eine Vier-Tage-Woche... und zwar bei vollem Lohnausgleich. Anstatt dass immer mehr Arbeitsplätze vernichtet werden und alle übrigen Kolleg\*innen sich krumm schuften, sollen lieber alle kürzer und weniger arbeiten – und dafür alle Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Sofort sind Unternehmer und Politiker an die Decke gegangen. Weniger arbeiten, aber gleich viel verdienen, das sei „an der Realität vorbei“ und würde die Stahlindustrie in den Ruin treiben. Wie lächerlich! Eine Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden bei gleichem Lohn entspräche gerade mal einer Lohnerhöhung von 8,5%. Also wahrlich keine große Sache.

Doch die Unternehmer, die ihre Beschäftigten möglichst lange und billig für sich arbeiten lassen wollen, um möglichst viel Profit aus ihnen zu schlagen, erzählen den Arbeitenden seit jeher, kürzere Arbeitszeiten wären „utopisch“ und würden die „Wirtschaft gefährden“. Das haben sie schon erzählt, als die Arbeitenden vor über 100 Jahren noch sechs Tage die Woche 10-12 Stunden schuften mussten und für den 8-Stunden-Tag kämpften!

In den letzten Jahrzehnten haben sich die technischen Möglichkeiten und die Produktivität der Betriebe noch einmal enorm weiterentwickelt, und die Gewinne der Konzerne sind gigantisch. Die Arbeit auf alle Schultern zu verteilen – sprich das Arbeitstempo und die Arbeitszeit in allen Bereichen so weit zu senken, dass es genügend Arbeitsplätze für alle gibt – ist daher keine Utopie, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit.

## VW: Streik der Leiharbeiter

Bei VW sind am 27. März fast 2.000 Leiharbeiter\*innen in drei Werken dem Aufruf der IG Metall gefolgt und haben gestreikt. Und da in manchen Gruppen am Band über die Hälfte Leiharbeiter\*innen sind, musste VW eine Reihe Montage-Bänder anhalten.

Viele Leiharbeiter\*innen hatten sich fast schon daran gewöhnt, dass sie immer Arbeiter „2. Klasse“ sind – obwohl ihre Leiharbeitsfirma „Autovision“ sogar VW gehört. Doch dass sie bei den explodierenden Preisen keine Lohnerhöhung und nicht mal die 3.000 Euro Inflationsprämie bekommen sollen, die alle anderen VW-Beschäftigten erhalten, das hat das Fass zum Überlaufen gebracht.

Ihnen war immer vermittelt worden, dass sie, wenn sie aufmucken, ganz schnell ihren Job los wären. Doch diesmal haben sie es gewagt. Und sie konnten erleben, wie sehr VW auf ihre Arbeit angewiesen ist.

## Neu von Bosch: die Geldpumpe

Die Entscheidung der Regierung, dass man ab nächstes Jahr über 30 Jahre alte Gas- und Ölheizungen durch andere Heizungen (meist elektrische Wärmepumpen) ersetzen muss, hat viele kalt erwischt. Es ist die nächste Sorge für viele Arbeiter\*innen mit älteren Häusern, die ohnehin schon mit steigenden Preisen und Zinsen zu kämpfen haben und auf die nun Umbau-Kosten zukommen.

Ob die Entscheidung, mit der strombetriebenen Wärmepumpe statt mit Gas zu heizen, der Umwelt viel helfen wird, ist alles andere als sicher. Sicher aber ist es ein gigantisches Geschenk an mehrere deutsche Konzerne, die Wärmepumpen herstellen – allen voran Bosch, Vaillant und Stiebel, die in den letzten Wochen ihre Produktion auch schon drastisch ausgeweitet haben.

**Wollen Sie uns erreichen?**

**DAS ROTE TUCH -**

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

**E-Mail:** [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de)

**Telefon:** 0151-55570980

[www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org](http://www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org)

*Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14 € pro Jahr!*